

INDONESIEN

ULRICH KLINGSHIRN ||

Indonesien ist das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt. Auf dem Archipel leben knapp 250 Millionen Menschen, wobei circa 86% davon dem Islam angehören. Dies bedeutet, dass es in dem vierbevölkerungsreichsten Staat der Erde etwa 215 Millionen Muslime gibt. Innerhalb der indonesischen Umma ist der Großteil der circa 215 Millionen Muslime sunnitisch, der Anteil der Schiiten innerhalb der indonesischen Islamgemeinde beträgt weniger als 1%.¹ Daneben gibt es noch rund eine halbe Million Ahmadiyah Anhänger. Der sunnitische Islam in Indonesien ist jedoch nicht homogen.

Grundsätzlich muss man innerhalb der sunnitischen Gemeinde zwischen zwei Strömungen unterscheiden: Zum einen gibt es den kulturellen Islam (Abangan), der regionale und islamische Bräuche und Traditionen zu einem Synkretismus verbindet und hauptsächlich im ländlichen Indonesien verbreitet ist. Die Anhänger dieser Richtung sind in der größten islamischen Massenbewegung Indonesiens, der Nahdlatul Ulama, zusammengefasst. Zum anderen gibt es den modernistischen Islam (Santri), eine orthodoxere Strömung, die regionale, prä-islamische Traditionen ablehnt und vor allem in urbanen Gegenden vorzufinden ist.² Die Vertreter dieser religiösen Orientierung sind in der zweitgrößten islamischen Massenbewegung Indonesiens, der Muhammadiyah, vereinigt. Aufgrund des Einflusses des im Jahr 2009 verstorbenen, moderaten islamischen Geist-

lichen Abdurrahman Wahid stehen die Vertreter des kulturellen Islams den Konzepten des Pluralismus und der Demokratie wesentlich aufgeschlossener gegenüber als die Anhänger des modernistischen Islams.

Christen stellen mit knapp 9% am Bevölkerungsanteil die größte religiöse Minderheit in Indonesien, wobei etwa zwei Drittel davon protestantisch und ein Drittel katholisch sind. Dies entspricht circa 15 Millionen Protestanten und 7,5 Millionen Katholiken. Das Christentum in Indonesien, größtenteils von portugiesischen (Katholizismus) und niederländischen (Protestantismus) Kolonialisten im 16. Jahrhundert eingeführt, verteilt sich geographisch sehr ungleichmäßig. Vergleichsweise hohe christliche Bevölkerungsanteile finden sich beispielsweise auf den Inseln Flores und Timor, aber auch in Nordsulawesi, Papua und auf den Molukken (siehe Abb. 1). Ein weiterer Schwerpunkt ist das Hochland von Nordsumatra, dessen Bevölkerung ein deutscher protestantischer Pastor missionierte.

Weitere religiöse Minderheiten in Indonesien sind Hinduisten (1,8%), Buddhisten und Anhänger des Konfuzianismus (zusammen knapp 1%).³

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass Indonesien trotz des hohen muslimischen Bevölkerungsanteils kein Islamstaat, aber auch kein säkularer Staat nach europäischem Vorbild ist. Zwar

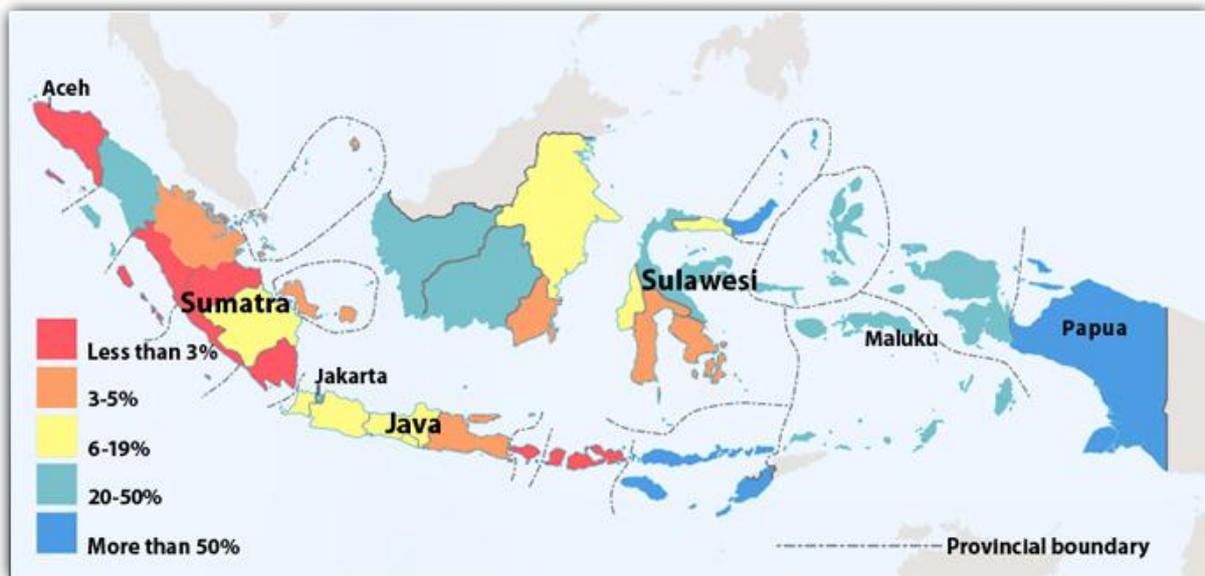


Abb. 1: Verteilung der Christen in Indonesien (Quelle: www.barnabasfund.org)

herrscht laut indonesischer Verfassung Religionsfreiheit⁴, jedoch erkennt die indonesische Staatsphilosophie Pancasila nur sechs Religionen als gleichwertig an: Islam, Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus.⁵ Atheismus ist grundsätzlich verboten. Auf jedem indonesischen Personalausweis muss eine der o.g. Konfessionen angegeben werden. Eine weitere Einschränkung der Religionsfreiheit stellt ein kontroverses Blasphemiegesetz aus dem Jahr 1965 dar, das beispielsweise die Beleidigung des Propheten Mohammed mit drakonischen Strafen untersagt. Ein Problem dabei ist, dass dieses Gesetz nicht klar definiert, was genau unter Blasphemie fällt und somit naturgemäß juristisch einer gewissen Willkür unterliegt. Ein aktuelles Beispiel dafür, das auch weltweit mediale Aufmerksamkeit erfährt, ist der Fall des indonesischen Beamten Alex Aan aus Sumatra, der auf seiner Facebook-Seite den folgenden Satz veröffentlicht hat: „Es gibt keinen Gott“. Aan – offiziell ein Muslim – wurde von einem Gericht zu insgesamt 2 ½ Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, wobei die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil in Berufung ging. Ein weiterer Einschnitt in die Religionsfreiheit in Indonesien stellt eine Verordnung aus dem Jahr 2008 dar, die de facto das öffentliche Bekenntnis der Ahmadiyah Glaubensgemeinschaft – nämlich, dass Mohammed nicht der letzte Prophet ist – unter Strafe stellt und somit Selbstjustiz und Gewalt ge-

gen deren Anhänger indirekt fördert oder zumindest billigt. So gab es in den letzten Jahren sehr häufig gewalttätige Vorfälle gegen Ahmadiyah Einrichtungen und deren Anhänger, nicht selten auch mit Todesfällen, wobei die Täter oft ungestraft oder zumindest mit sehr milden Haftstrafen davorkamen. So wurden die Mörder von drei Ahmadiyah Anhängern aus dem Februar 2011 lediglich zu Haftstrafen zwischen drei und sechs Monaten verurteilt – gerade im Hinblick auf die ausgesprochene Haftstrafe für den mutmaßlichen Atheisten Aan eine eklatante Missachtung der Gleichbehandlung der Religionen. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass ein Ahmadiyah-Anhänger in diesem Zusammenhang ebenfalls zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde, obwohl er sich als Opfer lediglich gegen die Angreifer gewehrt hat.⁶

Doch auch wenn insgesamt die intra-islamischen Konflikte vielleicht eine größere Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben in Indonesien sind, gibt es auch immer wieder Diskriminierungen und gewalttätige Konflikte zwischen Muslimen und Christen. Dass die Regierung (insbesondere die Distriktregierungen) die gesetzmäßig garantierte Gleichwertigkeit von Islam und Christentum nicht immer achtet, zeigt sich besonders häufig beim Bau und der Benutzung von Kirchen. Es ist hierbei ungleich schwieriger, eine Bau- und Betriebsgenehmigung für eine Kirche zu erhalten, als dies

der Fall bei einer Moschee ist. Die Distriktregierungen beugen sich oft den Protesten der lokalen (islamischen) Mehrheitsbevölkerung – wohl nicht zuletzt aus Angst vor gewalttätiger Selbstjustiz radikaler Islamgruppierungen. Ein prominenter Fall diesbezüglich ist der einer bereits im Jahr 2010 von der Distriktregierung geschlossenen Kirche der GKI Yasmin Gemeinde in Bogor bei Jakarta. Seit der Schließung muss die 300-köpfige Gemeinde ihren Gottesdienst im Freien oder in privaten Häusern abhalten. Das Erstaunliche an diesem Fall ist, dass der indonesische Oberste Gerichtshof die Schließung der Kirche in einem Urteil bereits für rechtswidrig erklärt hat, sie aber dennoch Bestand hat, da lokale Islamgruppierungen und der Bürgermeister von Bogor das Urteil bislang – ohne Folgen – ignorieren. Parallel dazu gibt es einen ähnlichen Fall der protestantischen HKBP Filadelfia Gemeinde in Bekasi, deren Kirche im Jahr 2009 schließen musste. Obwohl der Oberste Gerichtshof auch diese Entscheidung für rechtswidrig erklärte, muss die 560-köpfige Gemeinde ihren Gottesdienst notgedrungen im Freien abhalten. Trauriger Höhepunkt in diesem Fall stellte der Feiertag Christi Himmelfahrt im Mai 2012 dar, als ein etwa 300-köpfiger, wütender, radikalislamischer Mob die Gemeinde mit Steinen und Urinbeuteln bewarf. Ähnlich wie bei Gewalttaten gegen Anhänger der Ahmadiyah-Sekte gab es auch hier keine Festnahmen oder Verurteilungen.⁷

Auch wenn Indonesien im Westen nach wie vor den Ruf eines Vorzeigemodells für interreligiöse Toleranz genießt (erst kürzlich haben die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton und der britische Premierminister David Cameron diese vermeintliche interreligiöse Toleranz Indonesiens ausdrücklich gelobt), so spricht die Statistik eindeutig für eine Zuspitzung der Situation in den letzten

Jahren. Während offizielle Stellen beispielsweise im Jahr 2008 17 gewalttätige Übergriffe auf Kirchen oder andere christliche Einrichtungen registrierten, waren es 2009 18 und 2010 bereits 46.⁸ Die Gründe dafür sind vielfältig: Es bestanden in Indonesien schon seit langem radikale islamische Orientierungen, die aber durch die autoritären Regierungssysteme unter dem Staatsgründer Soekarno (Regierungszeit 1945-1967) und dem zweiten Präsident Soeharto (Regierungszeit 1968-1998) weitestgehend unterdrückt worden sind. Beispielsweise entwickelte sich schon bald nach der Staatsgründung Indonesiens und der Proklamation der Staatsphilosophie Pancasila (1945) die bewaffnete radikalislamische Widerstandsbewegung Darul Islam in West Java und Westsumatra. Dieser wurden in einem zähen Kampf Ende der 50er-Jahre militärisch niedergeschlagen. Ebenso gründete sich in dieser Zeit die radikalislamische Untergrundorganisation "islamischer Staat Indonesien" (Negara Islam Indonesia/NII), deren Anhänger bis heute in Verwaltung und Politik teilweise hoch-



Abb. 2: HKBP-Gemeinde hält Gottesdienst im Freien ab (Quelle: www.theblaze.com)

rangige Positionen einnehmen. Durch die einsetzende Demokratisierung Indonesiens nach dem Sturz von Soeharto (1998) erhielten diese Gruppen einen größeren Spielraum, ihre radikalen islamischen Ansichten zu verbreiten und gegebenenfalls auch gewaltsam durchzusetzen. Diese Radikalisierung wird durch die zunehmende Vernetzung Indonesiens mit der arabischen Welt verstärkt, insbesondere durch den Einfluss wahhabistischer und salafistischer Strömungen. Inwieweit andere Faktoren für die Diskriminierung von Christen ausschlaggebend sind, kann nicht eindeutig geklärt werden. So gehört beispielsweise die wohlhabende chinesische Minderheit in Indonesien dem christlichen Glauben an, die Angriffe der radikalislamischen Gruppierungen erfolgt aber fast ausschließlich auf Gemeinden der christlichen Bevölkerung aus Java und Nordsu-

matra. Diese Bevölkerungsgruppen verfügen eher über ein durchschnittliches Einkommen.

Neben den Schließungen von Kirchen gibt es in Indonesien auch eine subtilere Form der Benachteiligung, insbesondere bei Bewerbungen für staatliche Stellen, die bevorzugt mit Muslimen besetzt werden. Lediglich die Ministerposten der jeweiligen Regierungskabinette werden bis heute in etwa paritätisch nach der demographischen Zusammensetzung der Religionsgruppen in Indonesien besetzt.

Das Problem der Diskriminierung der religiösen Minderheiten geht dabei von drei Seiten aus:

1. Auf der aktiven Seite gibt es eine sehr kleine muslimische Minderheit, die radikale Ansichten hat und keine anderen Religionen oder Meinungen akzeptiert und ihre Ansichten auch mit Gewalt durchsetzt. Diese Minderheit organisiert sich in der Regel in radikalislamischen Gruppierungen wie der Islamischen Verteidigungsfront (FPI - Front Pembela Islam) oder Hizbut Tahrir. Die Finanzierung dieser Organisationen erfolgt mutmaßlich durch wahhabitische, arabische Sponsoren und illegale Aktivitäten wie Annahmen von Bestechungsgeldern oder Schutzgelderpressung.
2. Der indonesische Staat hat in der Vergangenheit dabei versagt, die Rechte der Minderheiten zu schützen. In den letzten Jahren machte die indonesische Regierung immer häufiger den Eindruck, dass sie sich den radikalislamischen Gruppierungen beugt, anstatt sie mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Gründe dafür sind ebenfalls vielschichtig. Zum einen ist die Regierungspartei (Partai Demokrat) auf mehrere mehr oder weniger islamistische Parteien als Koalitionspartner angewiesen (allen voran die extremistische Partei der sozialen Wohlfahrt PKS). Ein weiterer Grund für die offensichtliche

Ohnmacht der Regierung könnte schlicht die Angst vor einer weiteren Eskalation der Gewalt – nicht zuletzt auch durch terroristische Anschläge – im Falle einer aktiveren Bekämpfung dieser Gruppen sein. Schließlich gibt es auch noch Gerüchte von Verbindungen zwischen hochrangigen Regierungsvertretern der Polizei und Führern radikalislamischer Organisationen.

3. Nicht komplett unschuldig ist zuletzt auch die große Bevölkerungsmehrheit der friedlichen und moderaten Muslime in Indonesien, die durch ihre Passivität den Islamisten zu viel Freiraum bietet. So gab es bis zum Frühjahr 2012 so gut wie keine zivilgesellschaftlichen Antworten auf die Gewaltaktionen der Islamisten. Ein Zwischenfall im März 2012, als Teile der christlich geprägten Bevölkerung in Zentralkalimantan FPI-Vertretern das Verlassen des Flughafens verweigerten, sorgte immerhin für eine Zunahme an Demonstrationen gegen diese Organisation.⁹ Die Zahl der Teilnehmer an diesen Demonstrationen ist jedoch klein und beschränkt sich vielfach auf die Vertreter einer christlichen Gemeinde, deren Kirche geschlossen wurde – ganz im Gegensatz zu den Anhängern radikalislamischer Gruppierungen, die oft zu Tausenden auf die Straße gehen. Dadurch entsteht in der (medialen) Öffentlichkeit ein krasses Zerrbild, das den Eindruck vermittelt, die radikalislamischen Anhänger seien numerisch in der Überzahl.

Angesichts der oben genannten Ausgangssituation – erstarkende radikalislamische Gruppierungen, eine schwache Regierung, die ihre Minderheiten nur bedingt schützen kann, sowie eine größtenteils passiv-phlegmatisch agierende Mehrheitsbevölkerung – gestaltet sich ein Widerstand der indonesischen Christen gegen ihre Unterdrückung naturgemäß schwierig. Unterstützung erhalten sie zwar regelmäßig von internationalen Menschenrechtsorganisationen, doch diese bleibt in der Regel mehr oder weniger folgen- und wirkungslos. Positiv ist in

diesem Zusammenhang die islamische Massenorganisation Nahdlatul Ulama zu erwähnen. Sie setzt sich regelmäßig sowohl aktiv als auch passiv für die Gleichberechtigung und den Schutz unterdrückter Religionen ein. So gab es in der Vergangenheit mehr als einen Fall, bei dem Mitglieder der Nahdlatul Ulama zwischen Christen und einem wütenden Islamisten-Mob standen und dadurch ein Blutvergießen verhinderten – eigentlich Aufgabe der Polizei, die bei solchen Situation oft nur die Rolle des passiven Zuschauers einnimmt und die Täter gewähren lässt. Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat zwar in Reden mehrmals religiös motivierte Gewalt verurteilt, doch hat er seinen Worten bislang keine Taten folgen lassen. Hinzu kommt, dass die indonesischsprachigen Medien die Diskriminierung religiöser Minderheiten in der Regel nur peripher thematisieren. Gründe dafür sind die Vielzahl von interessanten, innenpolitischen Themen zu Korruption in Politik und Verwaltung, die gut zu Schlagzeilen gemacht werden können, sowie die Tatsache, dass die Zeitungen auf einen gewissen Teil ihrer islamischen Leserschaft Rücksicht nehmen müssen.

In ausländischen Medien haben sich in letzter Zeit jedoch aufgrund aktueller Entwicklungen und Ereignisse (die bereits erwähnte Verurteilung des vermeintlichen Atheisten Aan, die gewaltandrohenden Proteste radikalislamischer Gruppierungen gegen ein geplantes Konzert der amerikanischen Sängerin Lady Gaga in Jakarta im Juni 2012, die Schließung der Kirchen) die Berichte über eine zunehmende Intoleranz in Indonesien gehäuft. So veröffentlichte zum Beispiel die renommierte New York Times im Mai 2012 den vielbeachteten Artikel: „*Indonesia's rising religious intolerance*“, der genau auf diese Problematik eingeht.¹⁰ Die im Mai 2012 stattgefundene UN-Menschenrechtskonferenz in Genf behandelte dieses Thema und kritisierte besonders die Situation der Urbevölkerung in Papua. Der Konflikt ist neben einer politischen Dimension auch auf die Diskriminierung der Christen

in Papua zurückzuführen. In diesem Zusammenhang fordert die Bundesrepublik Deutschland die Freilassung einiger politischer Gefangener in dieser Region.

Was bringt also unter Betrachtung der oben genannten Ausführungen ein Blick in die Zukunft? Fakt ist, dass Indonesien – als eines der kulturell und religiös heterogensten Länder der Welt – nach wie vor verhältnismäßig friedfertig und tolerant ist. Fakt ist aber auch, dass sich die Situation für religiöse Minderheiten – Christen eingeschlossen – in den letzten Jahren sichtbar verschlechtert hat. Der Einfluss radikalislamischer Gruppen, die extremistisches Gedankengut aus dem arabischen Raum vertreten, ist gestiegen, während zur gleichen Zeit die indonesische Regierung zunehmend macht- und wirkungsloser erscheint. Es wäre naiv zu glauben, dass der Einfluss oder die Motivation der radikalislamischen Gruppen in naher Zukunft nachlässt – das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Besserung für die Situation unterdrückter religiöser Minderheiten kann daher von zwei Seiten erfolgen: Zum einen finden im Jahr 2014 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Viel passiver als die jetzige Regierung bezüglich religiöser Intoleranz kann man nicht handeln. Von dieser Warte erscheint eine Besserung daher zumindest möglich. Auf der anderen Seite zeigen Anti-FPI Demonstrationen der Zivilbevölkerung sowie der aktive Einsatz für Toleranz und Meinungsfreiheit von moderaten muslimischen Organisationen wie der Nahdlatul Ulama, dass die Mehrheit der indonesischen Bevölkerung sich in Zukunft dafür einsetzen möchte, dass Indonesien nicht zu einem intoleranten Religionsstaat verkommt, der keine anderen Meinungen akzeptiert und die indonesische Staatsphilosophie Pancasila mit ihrer Gleichwertigkeit der Religionen ignoriert.¹¹

|| DR. ULRICH KLINGSHIRN

Auslandsmitarbeiter Indonesien; Beitrag unter Mitarbeit von Nils Wolters

ANMERKUNGEN

- ¹ Erhebung des PewResearchCenters, URL <http://www.pewforum.org/newassets/images/reports/Muslimpopulation/Muslimpopulation.pdf> [14.06.2012].
- ² Vgl. Geertz, Clifford (1960): *The Religion of Java*, Glencoe IL: Free Press.
- ³ Alle Zahlen aus dem CIA Factbook: Indonesia, URL <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html> [14.06.2012].
- ⁴ Vgl. Artikel 28E im Menschenrechtsabschnitt der indonesischen Verfassung.
- ⁵ Vgl. Bush, Robin (2009): *Nahdlatul Ulama and the struggle for power within Islam and politics in Indonesia*, ISEAS, Singapur, S.63.
- ⁶ Vgl. Indonesia Ahmadiyah attack: Outrage over victim jailing, BBC News 15.08.2011, URL <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-14526299> [01.11.12]
- ⁷ Vgl. Pasandaran, Camelia (2012) *Filadelfia Reports Attack to National Police*, Jakarta Globe 19.05.2012, URL <http://www.thejakartaglobe.com/home/filadelfia-reports-attack-to-national-police/518779> [14.06.2012].
- ⁸ Der Generalsekretär des Indonesischen Komitees für Religion und Frieden (IComRP), Theophilus Bela, dokumentiert jährlich die Attacken auf christliche Einrichtungen in Indonesien. Für eine komplette Auflistung der Zwischenfälle siehe: URL <http://friendsofindonesia.org/2011/01/muslim-attacks-on-indonesian-christian-churches-in-2010/> [14.06.2012].
- ⁹ Vgl. Parlina, Ina (2012): *Senior FPI Officials booted out of Palangkaraya*; The Jakarta Post 11.02.2012, URL <http://www.thejakartapost.com/news/2012/02/11/senior-fpi-officials-booted-out-palangkaraya.html> [14.06.2012].
- ¹⁰ Vgl. Rogers, Benedict (2012): *Indonesia's rising religious intolerance*, URL <http://www.nytimes.com/2012/05/22/opinion/indonesias-rising-religious-intolerance.html> [14.06.2012].

Anmerkung: In diesem Zusammenhang führt die HSS in Indonesien derzeit ein 15-monatiges Vorhaben zum Thema "Demokratisierung durch Toleranz der Religionen" durch. Dieses Projekt, das von der Europäischen Union finanziert wird, zielt darauf ab, Werte wie interreligiöse Toleranz, Pluralismus und demokratische Verhaltensmuster vor allem in der muslimischen Bevölkerung Indonesiens zu fördern. Hauptpartner dabei sind Religionsgelehrte und Leiter von Koranschulen der moderaten islamischen Massenorganisation Nahdlatul Ulama, die als Meinungsführer diese Werte der Bevölkerung vermitteln.